



Rundbrief

Juni 2021



"Einer für alle, alle für einen": Proteste für die Freilassung Alexej Navalnys im Januar 2021 in St. Petersburg
Foto Okras (Wikimedia Commons)

Liebe Leserin, lieber Leser

In diesem Rundbrief legen wir das Schwergewicht auf Russland. Am Schluss finden Sie noch eine Rezension des Buchs von **Anne Applebaum: Die Verlockung des Autoritären.**

Im Juni 2019 hat die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PVER) beschlossen, die Sanktionen gegen Russland aufzuheben, welche sie 2014 im Anschluss an die Annexion der Krim erlassen hatte. Wir haben im Rundbrief vom Oktober 2019 berichtet, dass die Menschenrechtsorganisationen in der CSP unterschiedliche Meinungen vertraten: gerade russische NGOs waren froh, dass Russland so keinen Vorwand hatte, aus dem Europarat auszutreten. Sie versprachen sich, dass russische Bürger und Bürgerinnen sich weiterhin an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wenden können und dass der Europarat bei gravierenden Menschenrechtsverletzungen Druck auf Russland ausüben werde. Die kritischen NGOs bezweifelten namentlich, dass sich die Situation in der Krim und im Osten der Ukraine verbessern werde und sie befürchteten, dass die Nachsicht gegenüber Russland andere Staaten zu illiberalen oder autoritären Schritten ermutigen werde.

Wie präsentiert sich die Lage unterdessen? Leider nicht erfreulich. **Prof. Caroline von Gall und Laura Jäckel**, welche an der Freien Universität von Berlin und an der Universität zu Köln forschen, berichten über die Revision der russischen Verfassung von 2020 und die kritischen Kommentare der Venedig-Kommission des Europarates. Die wenigen liberalen Grundsätze der alten Verfassung von 1993, z.B. die Gewaltenteilung, sind deutlich zurückgedrängt worden und gerade die Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte werden noch schwieriger umzusetzen sein. Unser Vorstandsmitglied **Franziska Rich** erläutert die neusten Änderungen

des Gesetzes über die «ausländischen Agenten», welche nicht nur Menschenrechtsorganisationen in ihrer Existenz bedrohen, sondern auch kritische Bürgerinnen und Bürger zunehmend kriminalisieren und zum Verstummen bringen. Ähnliches lässt sich von den Medien sagen, wie **David Nauer**, seit 2015 Korrespondent von Radio SRF in Moskau, beschreibt. Aber er hält auch fest, dass in den sozialen Medien weiterhin kritische Stimmen zu lesen und zu hören sind. Wie beurteilt der Historiker und langjährige Beobachter der Politik in Osteuropa **Prof. Jeronim Perović** von der Universität Zürich die Lage? Im Interview, das ich mit ihm führen konnte, vertritt er der Meinung, dass der Dialog mit Russland aufrechterhalten werden muss, auch wenn die Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts klar angeprangert gehören. Dies weil Russland und die anderen europäischen Staaten eine «Schicksalsgemeinschaft» bilden. Welche Rolle spielt die Russische Orthodoxe Kirche, und setzt sie sich für die Menschenrechte ein? **Regula Zwahlen**, Redaktorin der Zeitschrift Religion und Gesellschaft in Ost und West (RGOW), kommt zu einem enttäuschenden Schluss: Menschenrechte werden nur unterstützt, soweit sie «religiös-traditionelle Werte» schützen, z.B. die Ehe zwischen Mann und Frau. Politische Rechte werden hingegen als Ausdruck eines westlichen und «liberalen Säkularismus» betrachtet. Entsprechend steht die Kirche auf der Seite der Regierung, nicht der Bürger und Bürgerinnen, welche für die Menschenrechte kämpfen.

Die Nachrichten aus Russland, z.B. die Vergiftung, Verhaftung und Verurteilung des Regimekritikers Navalny oder auch der Aufmarsch von grossen Militärverbänden an der Grenze zur Ukraine sind verstörend. Sie erinnern an die finsternen Zeiten der Sowjetunion und des kalten Krieges. 1975 ist es gelungen, die Sowjetunion an den Arbeiten der KSZE zu beteiligen und die Helsinki Prinzipien zu vereinbaren. Diese sind weiterentwickelt worden und haben einen Beitrag dazu geleistet, dass der Totalitarismus und die sicherheitspolitischen Gefahren in Europa deutlich reduziert werden konnten. Der Optimismus von 1989 ist heute sicher nicht mehr angebracht. Die OSZE und auch der Europarat können gewiss nicht so erfolgreich handeln, wie es nach dem Fall der Berliner Mauer beabsichtigt war. Aber die EMRK und die Verpflichtungen der OSZE bestehen und sie werden gerade von russischen Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern immer wieder ins Feld geführt. Die SHV und viele andere NGOs unterstützen die zivilgesellschaftlichen Organisationen in Russland und in anderen Staaten, wo Menschenrechte verletzt werden oder gefährdet sind und wir glauben daran, dass sich auch in Russland die Situation wieder verbessern kann.

Christoph Lanz, Präsident

FUNDAMENT ODER FASSADE? EIN JAHR RUSSISCHE VERFASSUNGSREFORM

Trotz massiver Menschenrechtsverstöße und einem in der Praxis fast allmächtigen Präsidenten hatte Russland bisher an seiner liberalen Verfassung aus dem Jahr 1993 festgehalten, die – gewissermaßen als Gegenentwurf zum sowjetischen System – Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Pluralismus und die Freiheit des Einzelnen als höchstes Gut garantierte. Insofern überraschte es, als Präsident Putin im Januar 2020 eine Verfassungsreform ankündigte. War die Verfassung nicht ohnehin nur bloße Fassade?



Werbung für die Verfassungsreform in Jekaterinburg: "Wir schützen die heimatische Kultur und Sprache", März 2020 Foto IvanA/Wikimedia Commons/CC BY-SA 4.0

Anlass für die Verfassungsreform war offenkundig die offene Frage der politischen Zukunft Putins nach dem Jahr 2024, da dem Präsidenten nach der Verfassung von 1993 nur zwei Amtszeiten in Folge

zustanden. Die neu geschaffene Ausnahmeregelung zur Amtszeitbeschränkung für bisherige Präsidenten, die sogenannte „Nullung“ der Amtszeit, erlaubt es Putin nun, bis zum Jahr 2036 im Amt zu bleiben. Doch die Verfassungsänderung umfasst weit mehr als das: obwohl die Reform nach Aussage Putins die Gewaltenteilung, insbesondere die Stellung des Parlaments, stärken soll, baut sie im Ergebnis die Macht des Präsidenten noch einmal aus, auch zulasten der Unabhängigkeit der Justiz. Der Präsident steht nunmehr ausdrücklich an der „Spitze“ der Exekutive. Die Regierung wird dadurch geschwächt. Zudem werden auch Duma und Föderationsrat im Verhältnis zum Präsidenten geschwächt: Geschaffen wird ein „einheitliches System der öffentlichen Macht“ aus den staatlichen Organen des Bundes und der Regionen, wie aber auch der kommunalen Selbstverwaltung. Ihre Vertreter bilden den neu in die Verfassung aufgenommenen Staatsrat, der vom Präsidenten geleitet wird, so dass er

ihnen nunmehr direkt Weisungen erteilen kann. Dies wurde als massive Schwächung der Gewaltenteilung, des Föderalismus und der kommunalen Selbstverwaltung kritisiert.

Darüber hinaus schreibt die geänderte Verfassung nun explizit den Vorrang der Verfassung vor völkerrechtlichen Verträgen fest und überträgt dem Verfassungsgericht die Kompetenz, Entscheidungen von internationalen Gerichten, also auch des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), vor ihrer Umsetzung auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin zu überprüfen. Da das Verfassungsgericht in der Vergangenheit die Politik Putins auch in verfassungsrechtlich kontroversen Fragen, die Machtkonzentration im Zentrum, die repressive Politik gegenüber Andersdenkenden oder auch die Annexion der Krim, stets gerechtfertigt hat, ist zu erwarten, dass das Verfassungsgericht in Zukunft die neue Regelung nutzt, um Kritik an Menschenrechtsverletzungen Russlands vom Straßburger Gericht unter Berufung auf die Verfassung abzuwehren. Dabei helfen auch die neu in die Verfassung aufgenommenen konservativen Werte, wie der Gottesbezug, die Festschreibung der Ehe als „Bund von Mann und Frau“ und der Schutz der „historischen Wahrheit“. Abgesichert wird die Zustimmung der Bevölkerung zur Reform durch die vorgebliche Stärkung sozialer Rechte, wie den nun verfassungsrechtlich verbürgten Mindestlohn oder die Sicherung der Rente. Dabei waren die sozialen Rechte auf dem Papier auch bereits in der Verfassung von 1993 vergleichsweise stark ausgeprägt.

Die Zustimmung der Bevölkerung zu dokumentieren, war für Putin allerdings entscheidendes Rechtfertigungskriterium. Angesichts der kontroversen Änderungen hatte er betont, dass eine Verfassungsänderung allein von der (verfassungsrechtlich eigentlich nicht notwendigen) Zustimmung des Volkes abhängen müsse. Deshalb wurde die Verfassungsreform in einem neuen, im Änderungsgesetz extra dafür geschaffenen dreistufigen Verfahren durchgeführt: Nach der Verabschiedung der Änderungen durch die Duma und den Föderationsrat folgte als zusätzlicher zweiter Schritt eine Überprüfung der Reform durch das Verfassungsgericht. Daran schloss sich eine gesamtrussische Abstimmung an. Begleitet wurde sie von einer Werbekampagne, die u.a. mit Bildern von Puschkin die Bedeutung der Verfassungsreform für Tradition und Kultur hervorhob und mit Slogans wie „Unser Land. Unsere Verfassung. Unsere Entscheidung“ einen maßgeblichen Einfluss der Bürger auf die Reform suggerierte. Gleichzeitig verlief die Reform im Eiltempo und ohne intensive öffentliche oder fachliche Diskussion. Auch die Venedig-Kommission des Europarats kritisierte das Verfahren, das einschließlich pandemiebedingter Verzögerungen nicht einmal sechs Monate dauerte, als unangemessen schnell.

Doch wirklich „neu“ waren die Änderungen letztlich nicht: Vielmehr wurde der Verfassungstext in weiten Teilen nur an die Verfassungswirklichkeit angepasst.



Strassenbahn mit Werbung für die Verfassungsreform in Jekaterinburg, Juni 2020: Betonung des "Wir"
Foto IvanA/Wikimedia Commons/CC BY-SA 4.0

Nach den einfachen Gesetzen waren Gewaltenteilung, Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung auch bereits in der Vergangenheit kaum existent. Ebenso waren die Urteile des EGMR in der Praxis in Russland auch bisher kaum durchsetzbar. Allerdings ist es durchaus wesentlich, wie auch die Venedig-Kommission in ihrem Gutachten im März 2021 feststellt, ob eine Regelung einfachen Gesetzesrang oder aber Verfassungsrang hat: Denn die Konstitutionalisierung einer Regelung ändert deren Rechtsnatur und entzieht sie weitgehend dem demokratischen Diskurs. Damit engt die Reform auch den Spielraum für verfassungsrechtlich begründete Kritik ein. Es schwindet die Diskrepanz zwischen Anspruch der Verfassung und Wirklichkeit. Gleichzeitig wird die Verfassung in ihrer Funktion als Legitimationsgrundlage für die autoritäre Herrschaft Putins gestärkt. Schließlich droht die zusätzliche Hürde bei der Umsetzung von Urteilen internationaler Gerichte die Durchsetzung der Europäischen Menschenrechtskonvention in Russland weiter zu schwächen.

Dies ist auch als Signal an den Europarat zu verstehen, dass Russland noch weniger bereit ist, den Vorgaben Straßburgs zu folgen. Während die zentralen Werte des Europarats, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte in Russland bisher wenigstens auf dem Papier der Verfassung rhetorisch anerkannt waren, zerstört die anti-liberale Verfassungsreform den Geist der Verfassung von 1993 weitgehend. Die Venedig-Kommission hat in zwei Gutachten nicht nur das Änderungsverfahren, sondern auch die zentralen Inhalte der Reform kritisiert. Trotzdem blieb die Kritik des Europarats recht leise und verhallte schnell.

Prof. Dr. Caroline von Gall, Freie Universität Berlin
Laura Jäckel, wiss. Mitarbeiterin, Universität zu Köln

ALLES AUSLÄNDISCHE AGENTEN?

Wenig beachtet von der mit der Corona-Pandemie beschäftigten Weltöffentlichkeit hat Russland im Dezember letzten Jahres eine wesentliche Verschärfung des 2012 eingeführten Gesetzes über „ausländische Agenten“ beschlossen. Während bisher „politisch tätige“ nicht-kommerzielle Organisationen vom Justizministerium als „ausländische Agenten“ eingestuft werden konnten, nehmen die neuen Gesetzesänderungen besonders natürliche Personen und Vereinigungen ohne Registrierung in den Blickpunkt. Schon Ende 2019 war der Status der „Personen, welche die Funktion eines ausländischen Agenten ausüben“ auf Medien und Journalisten mit Finanzquellen im Ausland ausgeweitet worden.

Neu laufen auch im Interesse und mit Hilfe eines ausländischen Staates oder seiner Informationsquellen „politisch tätige“ Einzelpersonen und Gruppierungen Gefahr, dieses Etikett zu erhalten. Dabei sind sie verpflichtet, sich selbst beim Justizministerium als „ausländische Agenten“ registrieren zu lassen. Tun sie dies nicht, so drohen Bussen bis zur Höhe eines mittleren Monatseinkommens. Weigern sie sich weiterhin, kann es im schlimmsten Falle Haftstrafen bis zu fünf Jahren nach sich ziehen. Geringere Bussen sind vorgesehen, wenn ein Informationsmedium mit diesem Etikett am Anfang jeder seiner Publikationen nicht deutlich und fett hervorhebt, dass das Geschriebene aus der Feder eines „ausländischen Agenten“ stammt. Zudem sind die „ausländischen Agenten“ unter Androhung einer Busse verpflichtet, alle sechs Monate dem Justizministerium über ihre Tätigkeit, einschliesslich der Verwendung der finanziellen Mittel aus dem Ausland, Bericht zu erstatten. Ausländische Diplomaten und Korrespondenten sind allerdings vom Gesetz ausgenommen.



Lev Ponomarev

Foto rtvi.com

Der Begriff „politisch tätig“ ist im Gesetz weit gefasst. Dazu können nicht nur die Verbreitung von Nachrichten oder Meinungen über Entwicklungen im Staatswesen, Recherchen und Publikationen zu politischen oder militärischen Ereignissen gehören, sondern etwa auch soziologische Umfragen, die Teilnahme an Demonstrationen, Protesten, an Wahlpropaganda, Wahlbeobachtungen oder Aktionen zur Verteidigung der Menschenrechte. Zwar muss dabei die Unterstützung „ausländischer Quellen“ vorhanden sein, zu denen internationale oder ausländische Organisationen sowie Personen im Ausland zählen.

Als Unterstützung gilt aber nicht nur die finanzielle, sondern auch die sog. „organisatorisch-methodologische“ Hilfe. Dieser Begriff ist im Gesetz nicht genauer definiert und lässt eine Vielzahl von Interpretationen zu, letztlich bis hin zu allgemeinen Empfehlungen internationaler Organisationen oder deren Vereinbarungen und Richtlinien.

Wie erschwerend diese Einschränkungen für die Menschenrechtsarbeit in Russland sein können, mag das Beispiel von Lev Ponomarev, prominentes Mitglied der Moskauer Helsinki-Gruppe und Gründer der Organisation „Für die Menschenrechte“ zeigen. Letztere weigerte sich über Jahre, den Status des „ausländischen Agenten“ anzunehmen, wurde vom Justizministerium mit Bussen belegt, die sich bis zur Zwangsliquidierung im Herbst 2019 auf rund eine Million Rubel (etwa CHF 12'500.-- oder 25 durchschnittliche Monatslöhne) summierten. „Für die Menschenrechte“ existierte aber weiter als Bewegung ohne Registrierung. Nachdem das Justizministerium gestützt auf die neuen Gesetzesänderungen Lev Ponomarev Ende Dezember 2020 zum „ausländischen Agenten“ erklärt hatte, beschloss „Für die Menschenrechte“ im März 2021 die Selbstauflösung.

Da auch die finanzielle Unterstützung der „ausländischer Agenten“ als „politische Tätigkeit“ gilt, ist die Türe für eine Kettenreaktion bei den neuen Gesetzesergänzungen weit geöffnet. Grundsätzlich kann fast jeder aktive Staatsbürger mit eigenen Ideen Gefahr laufen, sich dieses Etikett einzuhandeln. Bei den Beratungen betonten Abgeordnete der Staatsduma immer wieder die wichtige Bedeutung der neuen Gesetzesänderungen für den Erhalt der Sicherheit des Landes und seiner Institutionen. Diese Ansicht ist jedoch zweifelhaft, schon angesichts etwa der Tatsache, dass das Gesetz die weiten Proteste im Lande im Zusammenhang mit der Verhaftung Alexeij Nawalyns nicht aufzuhalten vermochte. In Russland reift eine junge Generation heran, die andere Zukunftshoffnungen antreibt als die der herkömmlichen politischen Elite. Mit diesen Menschen einen Dialog zu wagen, wäre wohl ein nützlicherer Beitrag zu mehr Sicherheit und Wohlstand in Russland.

Franziska Rich

MEDIEN IN RUSSLAND: DER DRUCK STEIGT

Um die Pressefreiheit ist es in Russland seit längerem schlecht bestellt: die grossen Fernsehsender stehen unter staatlicher Kontrolle, die meisten Zeitungen auch, krenlkritische Journalisten müssen mit Repressalien rechnen. Dennoch gibt es immer noch spannende, kritische Medien - vor allem online. Doch nun geraten auch diese letzten Inseln der freien Diskussion ins Visier des Staates.



Kiosk in Moskau

Foto David Nauer

Es ist, als würde sich die Geschichte wiederholen. Ein bisschen anders - aber im Kern geht es um das Gleiche: kritische Stimmen zum Verstummen zu bringen.

2014 machte sich Russland daran, die ukrainische Halbinsel Krim zu annektieren. Und in Moskau wurde Galina Timtschenko gefeuert. Sie war damals Chefredaktorin des beliebten Internetportals lenta.ru. Dem Kreml, so die Vermutung, hatte dessen Berichterstattung über die Ukraine-Krise nicht gefallen. Doch Timtschenko ist nicht jemand, die aufgibt. Nur wenige Monate später gründete sie ein eigenes Medium: das Internetportal „Meduza“ (meduza.io). Mit dabei: einige der besten Journalistinnen und Journalisten Russlands, die zum Teil davor bei lenta.ru gewesen waren und aus Solidarität mit der Chefin gekündigt hatten.

Timtschenko registrierte „Meduza“ in der lettischen Hauptstadt Riga. Der Grund dafür: Reporterrinnen und Reporter würden zwar in Russland selber arbeiten, aber wenigstens die Redaktion sollte ohne permanenten Druck durch Polizei, Geheimdienst und sonstige Behörden arbeiten können. Und tatsächlich: „Meduza“ wurde zum Erfolg, zu einem der besten Medien Russlands: kritisch, fair, originell.

Nun aber will der Kreml auch „Meduza“ weghaben. Das Justizministerium hat das Medium im April 2021 zum „Ausländischen Agenten“ erklärt. Der Status wurde erfunden, um missliebige Organisationen zu brandmarken. Die Journalistinnen und Journalisten von „Meduza“ müssen nun bei jedem Artikel darauf hinweisen, dass sie „ausländische Agenten“ seien. Eine Diskriminierung, die das Portal in seiner Existenz bedroht. Werbekunden laufen in Scharen davon. „Meduza“ kämpft ums Überleben.

Das Beispiel zeigt, wie dünn die Luft geworden ist für kritische Stimmen. Und es ist bei weitem nicht das einzige: der Chefredaktor des Portals „Meduzona“ (zona.media) Sergej Smirnow sass im Februar 15 Tage Arrest ab - er hatte auf Twitter einen scherzhaften Tweet weitergeleitet, der Informationen über eine Demonstration enthielt. Bei der Studenten-Zeitung „Doxa“ (doxajournal.ru) gab's eine Hausdurchsuchung - vier Redaktorinnen und Redaktoren wurden unter Hausarrest gestellt. Sie sollen Protestaktionen aktiv unterstützt haben. Auch der Investigativjournalist Roman Anin ist unter Druck geraten: bei ihm kam der Geheimdienst FSB vorbei.

Bemerkenswert an all den Geschichten: die betroffenen Medienschaffenden arbeiten für Medien, die zwar wichtig sind - aber eher ein Nischenpublikum erreichen. Die grossen, nationalen TV-Kanäle, Zeitungen und Online-Portale sind ohnehin schon auf Kreml-Linie gebracht. Bisher, so scheint es, reichte es dem Kreml, wenn eine Mehrheit der Russinnen und Russen bloss gefilterte Informationen bekommen. Daneben gab es Platz für kritische Berichte. Jetzt nimmt der Staat auch diese letzten Inseln ins Visier, auf denen noch ein freier Diskurs stattfindet.



Дворец для Путина. История самой большой взятки
116.835.228 Aufrufe · 19.01.2021

Navalys Video zu "Putins Palast"

Screenshot David Nauer

In dieser Situation spielen Soziale Medien eine immer wichtigere Rolle. Viele kritische Akteure - etwader Oppositionelle Alexei Navalny und sein Team - kommunizieren fast nur noch über Twitter, Instagram und Co. Doch auch hier versucht der Staat, die Freiheit zu beschneiden. Einerseits werden Internet-Nutzer verfolgt, weil sie angeblich verbotene Inhalte gepostet haben - so wie Journalist Sergej Smirnov, der wegen eines Retweets 15 Tage Arrest aufgebremmt bekam. Zudem gehen die Behörden konkret gegen Plattformen vor: Twitter zum Beispiel läuft teilweise nur noch verlangsamt in

Russland. Begründung der Medienaufsichtsbehörde für diese Ausbremsung: die Plattform weigere sich, „illegale Inhalte“ zu löschen. Das wirkt wie ein ziemlich unverfrorener Versuch, Zensur durchzusetzen.

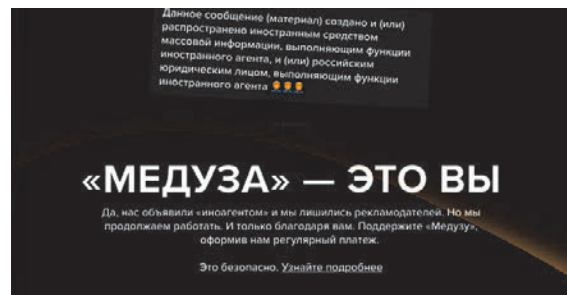
Für die Russinnen und Russen bedeutet dies, dass die Informationsbeschaffung schwieriger wird. Noch gibt es kritische Berichte zur Corona-Politik des Kreml, Geschichten über Korruption in höchsten Kreisen, Texte zur Repression gegen Andersdenkende und so weiter. Weder Russlands medialer Raum noch das Internet sind bisher komplett gleichgeschaltet. Aber die Tendenz ist eindeutig negativ. Und die Risiken für diejenigen, die immer noch sagen, was sie denken, werden grösser. Dieses härtere Vorgehen des Kreml gegen die Medien- und Meinungsfreiheit steht nicht isoliert da. Seit rund einem Jahr hat die Regierung innenpolitisch die Schrauben angezogen. Die Vergiftung von Alexej Navalny, dessen spätere Inhaftierung sowie massenhafte Festnahmen bei Protesten zeigen, dass für oppositionelle Politik kein Platz mehr sein soll in Russland.

Beobachter in Moskau bringen diese Verhärtung mit wirtschaftlichen Problemen und einer steigenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung in Verbindung. Tatsächlich: auch ich merke bei Reisen durchs Land, dass die soziale Situation immer angespannter wird. Ob in Sibirien, Südrussland oder im Umland von Moskau: viele Menschen beklagen sich, dass sie mit Löhnen und Renten kaum mehr über die Runden kommen. Für den Kreml ist das

ein Problem, auf das er keine Antwort hat: angesichts von tiefen Rohstoffpreisen, grassierender Korruption und geopolitischen Spannungen fehlt jede Perspektive für einen wirtschaftlichen Aufschwung.

Die Legitimationserzählung des Putinismus hatte lange gelautet: Wladimir Putin habe - nach dem Chaos der 1990er-Jahre - Stabilität und Wohlstand gebracht. Doch diese Erzählung funktioniert nicht mehr. Als Reaktion verschärft das System den innenpolitischen Kurs - um Kritikerinnen und Kritiker zum Schweigen zu bringen. Allerdings: gebrochen ist der Widerstand in der Gesellschaft nicht. Das Online-Portal „Meduza“ hat als Reaktion auf den „Ausländischer Agent“-Status eine Spendenkampagne gestartet. Innert weniger Tage haben über 80 000 Menschen dem bedrängten Medium Geld überwiesen.

David Nauer



Spendenkampagne "Medusa – das seid ihr"

Screenshot David Nauer

RUSSLAND ALS MITGLIED DER EUROPÄISCHEN SCHICKSALSGEMEINSCHAFT

Interview mit Prof. Dr. Jeronim Perović, Leiter des Center for Eastern European Studies (CEES) und Titularprofessor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Zürich

Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Situation Russlands?

Russland ist ein reiches Land mit viel Potential, doch es steht sich selbst im Weg, dieses zur vollen Entfaltung zu bringen. Wir sehen ein Phänomen, das auch in der Vergangenheit die Entwicklung des Landes gehemmt hat: die Angst des Staates vor der eigenen Gesellschaft. Im Denken Putins hat der Staat die Aufgabe, die Gesellschaft zu «lenken». Im Namen der «Stabilität» hat der Staat in den letzten Jahren gesellschaftliche Freiheiten abgebaut. Tatsächlich aber geht es um Machterhalt. Russland entwickelt sich leider immer mehr zu einem Überwachungsstaat. Das schadet auch der wirtschaftlichen Entwicklung. Denn wenn wenige alles kontrollieren wollen, bleibt für Innovation, die aus der Gesellschaft heraus entstehen kann, kaum mehr Platz.

Welche Rolle spielt Russland in Europa?

Russland ist mit der gesamteuropäischen Geschichte aufs Engste verbunden. Kulturell gehört Russland zu Europa. Doch politisch bewegt sich das Land seit einigen Jahren weg von Europa und auch wirtschaftlich orientiert sich Russlands zusehends Richtung Asien und China. Das ist gefährlich. Ein von Europa isoliertes Russland wird zu einem unberechenbaren Partner. Deshalb halte ich es für so wichtig, dass Russland Mitglied im Europarat bleibt, auch wenn es gegen die Werte dieser Institution – Demokratie, Menschenrechte und Rechtstaatlichkeit – verstösst. Europa ist aber nicht nur eine Wertegemeinschaft, sondern auch eine Schicksalsgemeinschaft. Wir sind mit Russland über das Schicksal derselben Nachbarschaft verbunden.



BMP-2 der russischen Streitkräfte
Foto Mil.ru/Wikimedia Commons/CC BY 4.0

Ukraine-Konflikt: weshalb erhöht Russland gegenwärtig den Druck auf die Ukraine und welches wären Bedingungen, damit sich die Lage beruhigt, allenfalls sogar dauerhaft?

Das ist ein Machtspiel. Russland erinnert die Ukraine daran, wer in diesem Konflikt am längeren Hebel sitzt. Ein neuer Krieg ist derzeit zwar nicht im Interesse Russlands, aber solche Entwicklungen wie im April dieses Jahres, als Russland Zehntausende von Truppen an der Grenze zur Ukraine zusammengezogen hat, bergen immer Eskalationspotential. Gleichzeitig wurde Europa wieder einmal daran erinnert, dass der Ukrainekonflikt jederzeit hochgehen kann. Deshalb sollte auch die EU diesen Konflikt unbedingt wieder zuoberst auf die politische Agenda setzen. Der Schlüssel zur Lösung liegt zwar in Moskau. Aber auch Kiew muss verstehen, dass es Kompromisse eingehen muss. Die Gewährung von Autonomie für die Sezessionsgebiete ist für die Ukraine schmerzhaft und kommt einer Niederlage gleich. Aber ohne ein solches Entgegenkommen gibt es keine Möglichkeit für eine Lösung.

Stimmt die These, dass die westlichen Staaten durch die rasche Aufnahme mitteleuropäischer Staaten in die NATO nach der Wende von 1989 Russlands Aktionen in der Krim, im Osten der Ukraine und auch bei den Konflikten in Georgien und Transnistrien provoziert haben?

Russland stand der Ausdehnung der westlichen Verteidigungsallianz von Beginn weg negativ gegenüber. Doch das darf nicht als Rechtfertigung für Moskaus aggressives Verhalten herangezogen werden. Die Nato hat ja keinen Staat zum Beitritt gezwungen. Im Fall der Ukraine reagiert Russland auch deshalb so empfindlich, weil es die Unabhängigkeit dieses Landes nie wirklich akzeptiert hat. Auf dem Papier ja, in Tat und Wahrheit sieht der Kreml die Ukraine genau wie Belarus als Teil einer historisch gewachsenen «russischen Welt». Eine Mitgliedschaft der Ukraine in der Nato wird Moskau deshalb mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Das ist eine geopolitische Realität, die wir in unsere Überlegungen einbauen müssen, wenn wir über die sicherheitspolitische Ordnung Europas nachdenken.

Welche Auswirkungen haben die von den USA und den EU-Staaten ergriffenen Sanktionen gegen Russland?

Der Westen musste Sanktionen gegen Russland zu ergreifen. Die Krim-Annexion bedeutete einen eklatanten Bruch nicht nur des Völkerrechts, sondern auch von zwischenstaatlichen Verträgen, die Russland mit der Ukraine unterzeichnet hat. Allerdings haben die Sanktionen zu keiner Veränderung der russischen Politik beigetragen. Im Gegenteil konnte die russische Führung daraus sogar noch Gewinn ziehen, weil sie der eigenen Bevölkerung sagen konnte: wir haben es schon immer gesagt, der Westen will uns böse und nun habt ihr den Beweis dafür. Die russische Wirtschaft leidet unter den Sanktionen, nur schadet das nicht den Politikern, sondern den Menschen. Es trifft also wie oft in solchen Fällen die Falschen.

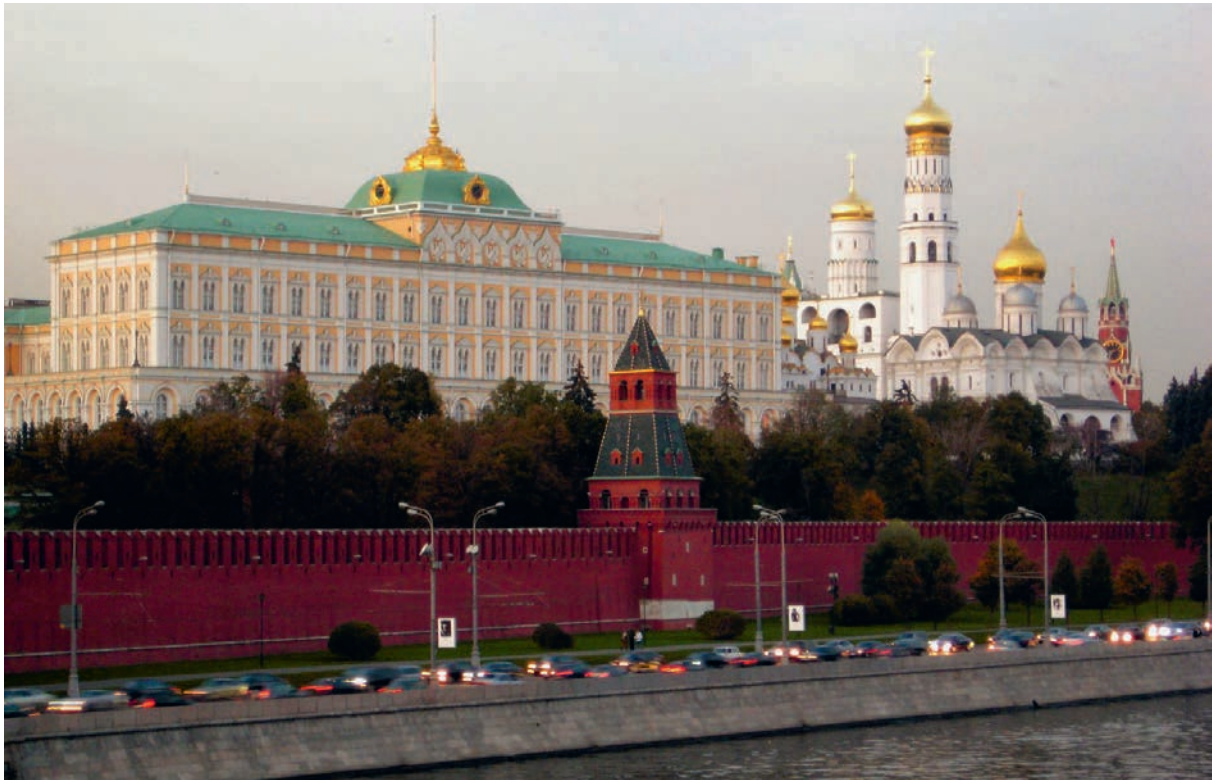
Welche Auswirkungen hat der Wechsel der US-Regierung auf die Politik Russlands in Europa?

Auf eine Wende in den amerikanisch-russischen Beziehungen können wir nicht hoffen. Die USA sehen in Russland einen strategischen Gegner und werden niemals Russlands Anspruch auf Vormachtstellung im postsowjetischen Raum akzeptieren. Letztlich muss aber auch Washington erkennen, dass es sich nicht leisten kann, Russland zu «verlieren». Das könnte zur Festigung der Partnerschaft zwischen Moskau und Peking beitragen. Ein Alpträum für die amerikanischen Militärstrategen. Der Westen muss deshalb nach Bereichen zu suchen, wo Kooperation möglich ist und für beide Seiten Vorteile bringt. Ich denke etwa an die Regelung von Konflikten wie demjenigen in Syrien, an Themen wie den Klimawandel oder die nukleare Rüstungskontrolle. Doch wenn es um europäische Angelegenheiten wie etwa den Ukrainekonflikt geht, dann sollte sich Europa stärker um Lösungen bemühen.

Besteht ein Zusammenhang zwischen der außenpolitischen Aggressivität Russlands und der Beschränkung der Menschenrechte im Inneren?

Der Kreml hat auch deshalb derzeit nicht wirklich ein Interesse an einer Entspannung des Verhältnisses mit dem Westen, weil ihm das Feindbild des Westens – und namentlich das Feindbild USA – dazu dient, äussere Mächte für innere Fehlentwicklungen oder Protestbewegungen verantwortlich zu machen. So rechtfertigt der Staat auch sein repressives Vorgehen gegen Oppositionelle. Dass viele in Russland der staatlichen Propaganda aufsitzen, hat allerdings nicht nur damit zu tun, dass die Propaganda gut funktioniert, sondern trifft offenbar auch einen Nerv in der Gesellschaft. Viele sind bereit, den Informationen zu glauben, welche über die staatlich kontrollierten Medien verbreitet werden. Natürlich gibt es in Russland auch eine kritische Öffentlichkeit und damit verbunden auch ein gewisses Protestpotential. Aber die Mehrheit der Bevölkerung will keine Revolution und hat sich mit der Situation, so wie sie ist, arrangiert.

DER ALTERNATIVE MENSCHENRECHTSDISKURS DER RUSSISCHEN ORTHODOXEN KIRCHE



Kreml Moskau

Foto Wikimedia Commons, Francisco Anzola

Am 8. Juni 2021 wird Darja Navalnaja den diesjährigen internationalen Menschenrechtspreis des „Geneva Summit for Human Rights and Democracy“ stellvertretend für ihren Vater entgegennehmen: Alexej Navalnyj, der bekannteste russische Oppositionspolitiker, sitzt derzeit in einem russischen Straflager – auch laut dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof zu Unrecht. In einer seiner Reden vor Gericht bezeichnete er sich als gläubigen Menschen, der nach dem Grundsatz handelt: „Selig, die hungern und dürsten nach der Gerechtigkeit; denn sie werden gesättigt werden“ (Mt 5,6). Appelle an christliche Werte sind bei Gerichtsreden von Oppositionellen in Russland nicht ungewöhnlich.

Was sagt die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) dazu? Offiziell nichts. Ein Priester kommentierte Navalnyjs Bibelzitat so: „Auch die Dämonen glauben und zittern“ (Jak 2,19). Metropolit Ilarion Alfejev, Leiter der Außenbeziehungen der ROK, nennt Kritiker seiner Synodalabteilung „kirchliche Navalnyjs“. Ein Geistlicher, der an Protestaktionen für Navalnyjs Befreiung teilgenommen hatte, wurde der Leitung seiner zwei Gemeinden enthoben. Alexej Uminskij, Priester und Gefängnisseelsorger, der in einem Video dazu aufgerufen hatte, christliche Gnade gegenüber Navalnyj walten und ihm medizinische Hilfe zukommen zu lassen, wurde im TV-Sender der ROK als kirchenfeindlicher Extremist diffamiert. Patriarch Kirill kritisierte die Straßenproteste gegen Navalnyjs Verhaftung und macht sich Sorgen um die „Krise der jungen Generation“, die von den Medien zu politischen Aktionen verführt werde. Differenzierte „geistliche“ Stimmen

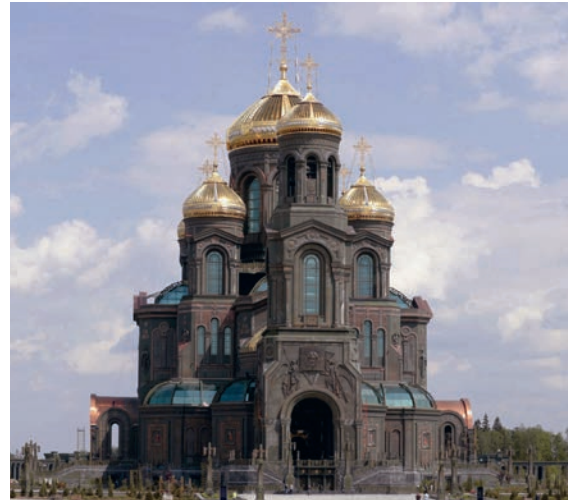
bleiben in der Minderheit – diesmal eine noch kleinere Minderheit als diejenigen Geistlichen der ROK, die sich im Herbst 2019 in einem offenen Brief für angeklagte und verurteilte Teilnehmende an den Protesten gegen Wahlmanipulationen bei den Moskauer Lokalwahlen stark gemacht hatten – wobei sie sich tunlichst auf christliche Barmherzigkeit, nicht auf Menschenrechte beriefen. Auch damals verurteilte das Moskauer Patriarchat die Aktion als „politische Deklaration“. Dasselbe Muster ließ sich 2020 auch in Belarus beobachten. Die Botschaft ist klar: Kritik am Status Quo ist unerwünscht.

Menschenrechtsorganisationen in Russland haben mit der Kirche wenig bis gar nichts zu tun. Die Moskauer Helsinki Gruppe veröffentlichte im Dezember 2020 einen Appell zur zunehmenden Verschlechterung der Menschenrechtslage in Russland. Während für westliche Beobachter der Einsatz für

Menschenrechte und für Religionsfreiheit in der Sowjetunion insbesondere als Folge der KSZE Schlussakte von 1975 Hand in Hand ging, betrachtete die ROK das seit den 1990er Jahren geltende Recht auf Religionsfreiheit nicht als Segen, sondern als Bedrohung, wie Kristina Stöckl in *The Russian Orthodox Church and Human Rights* (New York 2014) aufzeigt. Ähnlich dachten nationalkonservative Dissidente wie Alexander Solschenizyn. Diese verbreitete Haltung führte erstens zum Religionsgesetz von 1997, das „traditionelle“ Religionen – Christentum, Judentum, Islam und Buddhismus – privilegiert, zweitens zur symbolischen Wiedergeburt der ROK als „Nationalkirche“ mit einem „kanonischen Territorium“, das fast die gesamte ehemalige Sowjetunion abdeckt (ohne Armenien und Georgien), und drittens zum Diskurs über „traditionelle Werte der russischen Zivilisation“ im Gegensatz zu den „westlichen“ Werten einschließlich der Menschenrechte.

Der Diskurs erfuhr während der Debatte um die 2008 veröffentlichten Grundlagen der Lehre der ROK über menschliche Würde, Freiheit und Rechte eine Nuancierung – weg vom Ost-West-Gegensatz in Richtung eines ideologischen Kulturkampfes zwischen „säkular-liberalen“ und „religiös-traditionellen“ Werten. Das Dokument ist von der Ambivalenz geprägt, dass die Kirche natürlich menschliche Würde und Freiheit, aber auch „Freiheit von Sünde“ fördern will. Der funktionale Aspekt der Menschenrechte als Schutz von Individuen vor (staatlicher) Willkür fehlt darin. Die folgenden ökumenischen Debatten schärfen immerhin das Bewusstsein dafür, dass auch die westlichen Kirchen erst nach 1945 zu einem konstruktiven Verhältnis zu den Menschenrechten gelangt waren. Das Dokument – und das eigens etablierte „Rechtsverteidigungszentrum der Allrussischen Volksversammlung“ – spielen heute jedoch eine marginale Rolle. Angesichts der jüngsten Entwicklungen scheint sich Stöckls Vermutung zu bewahrheiten, dass das Moskauer Patriarchat die Menschenrechtsdebatte nicht als Dialogangebot an Menschenrechtsgruppen aufgenommen hat, sondern um strategisch – und sowjetischen Gepflogenheiten nicht unähnlich – einen „alternativen“ Menschenrechtsdiskurs zu etablieren, der auch auf internationalem Parkett angewandt wird. Da geht es zum Beispiel um den Schutz „religiöser Gefühle“ vor provokativen Künstlerinnen wie „Pussy Riot“, zum Schutz „traditioneller Werte“ vor einem „Familien zerstörenden“ Gesetz gegen häusliche Gewalt oder vor

„homosexueller Propaganda“, wie auch vor „destruktiven Sekten“ wie den Zeugen Jehovas. Seit 2009, als Patriarch Kirill (Gundjaev) die Kirchenleitung übernahm, hat der Einfluss des Moskauer Patriarchats auf die heimische Politik sichtbar zugenommen. Die ROK ist zwar keine Staatskirche, die Steuergelder erhält, doch eine ziemlich einflussreiche Akteurin im neuen konservativen Autoritarismus, für die sich die „Symphonie“ mit dem Staat lohnt – symbolhaft dafür steht in Moskau die 2020 eingeweihte Auferstehungskathedrale der russischen Streitkräfte.



Die neue Hauptkirche der Streitkräfte Russlands wurde 2020 am 75. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg im Freizeitpark Kubinka bei Moskau eingeweiht

Foto kremlin.ru

Mit dem christlichen Konservatismus, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg für die Universale Erklärung der Menschenrechte von 1948 einschließlich individueller Religionsfreiheit stark gemacht hat (z.B. Jaques Maritain), und der auch russische Vordenker kennt (z.B. Vladimir Solovjov), hat der russisch-orthodoxe Neokonservatismus nichts zu tun – er verortet die Menschenrechtsidee allein im „liberalen Säkularismus“. Zahlreiche russisch-orthodoxe Christinnen und Christen, die mehr Interesse an sozialem Engagement als an Ideologie haben, wirken entweder eher still in kirchlichen Sozialwerken oder eher rebellisch in säkularen Menschenrechtsgruppen. Letztere sind in Russland seit schon fast einem Jahrzehnt immer stärkeren staatlichen Repressionen ausgesetzt, was die Kirchenleitung nicht sonderlich stört.

Regula Zwahlen

DIE VERLOCKUNG DES AUTORITÄREN

Das ist der Titel des nun auch auf Deutsch übersetzten Buches «*Twilight of Democracy. The Seductive Lure of Authoritarianism*» von Anne Applebaum, langjährige Kolumnistin der *Washington Post* und jetzige Mitarbeiterin bei «*The Atlantic*». Anne Applebaum hatte sich bereits einen Namen gemacht als Autorin von drei Büchern über die Geschichte der Sowjetunion und dafür den Pulitzer Preis gewonnen.



Anne Applebaum
Foto Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0

Wir fassen im Folgenden einige wesentliche Thesen des Buches zusammen und schliessen damit an die Veranstaltung über «Illiberale Demokratien in Europa» an, welche die SHV zusammen mit der SGA im Oktober 2020 in Bern durchgeführt hat. Lesen Sie den Bericht im SHV-Rundbrief vom Februar 2021, S. 7/8 (www.shv-ch.org). Am Schluss des damaligen Podiumsgesprächs waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig, dass illiberale Demokratien ein langfristiges Problem in Europa bleiben werden und illiberale Tendenzen nicht auf Polen und Ungarn beschränkt sind.

Anne Applebaum kommt zum gleichen Ergebnis. Sie analysiert die politischen Entwicklungen der letzten Jahre in verschiedenen Staaten. Sie beschreibt mit aller gebotenen Differenzierung, dass der Aufstieg der PIS in Polen und der Fidesz-Partei in Ungarn, die Entwicklung der Republikanischen Partei in den USA bis zur Präsidentschaft von Donald Trump, die Entwicklung der Tories und der Aufstieg von Boris Johnson sowie der Erfolg der Vox-Partei in Spanien ähnlich zu erklären sind. Der Nationalismus wird zur dominanten Ideologie, politische Gegner werden zu Feinden, ja zu Verrätern erklärt, die Institutionen, namentlich die Gerichte und Parlamente werden geschwächt, die Medien werden möglichst gleichgeschaltet, reaktionäre

gesellschaftliche Werte werden gefördert und liberale behindert, Verschwörungstheorien blühen.

Die Autorin ist der Meinung, dass autoritäre Entwicklungen stark begünstigt werden, wenn die Menschen mit ihrer komplexen Realität nicht umgehen können. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen, Migration, Umweltbelastungen, Pandemien bedrohen viele Menschen. Da ist die Verlockung gross, Politikerinnen und Politikern zu glauben, die einfache Lösungen vorschlagen und Sündenböcke benennen. Das ist nicht nur in der Gegenwart so, sondern lässt sich auch in der Vergangenheit beobachten.

Anne Applebaum beschreibt, dass autoritäre Politiker wie Viktor Orban oder Donald Trump von Gesinnungsgenossen und Helfern – sie nennt sie «clerics» - unterstützt werden, Leute, welche sich dadurch Einfluss und materiellen Vorteil versprechen und damit häufig auch belohnt werden. Es sind keineswegs Verlierer der Globalisierung oder sonst Benachteiligte. Sie erwähnt Personen aus ihrem Bekannten- und Freundeskreis namentlich in Polen, welche sich innerhalb der letzten 20 Jahre grundlegend verändert haben und andere, die den liberalen Werten treu geblieben sind.

Was ist die Schlussfolgerung? Liberale Demokratien verlangen von den Bürgerinnen und Bürgern Teilnahme am öffentlichen Leben, Auseinandersetzung mit Argumenten, Einsatz für das Ganze, aber auch eine gewisse Toleranz für Unsicherheit und die Bereitschaft, sich gegen diejenigen zu wehren, welche Chaos schaffen oder ausnützen.

Christoph Lanz

Anne Applebaum, *Die Verlockung des Autoritären*, Warum antidemokratische Herrschaft so populär geworden ist, Siedler, 2021.

Anne Applebaum, *Twilight of Democracy, The Seductive Lure of Authoritarianism*, Doubleday, New York, 2020

SPENDENAUFTRUF

Die SHV führt ihre Aktivitäten im Westbalkan und in der Schweiz fort. Die Mitglieder des Vorstandes arbeiten mit viel Energie an den Projekten. Wir brauchen aber auch finanzielle Mittel dazu. Deshalb bitten wir Sie um eine kleine oder grössere Spende und danken Ihnen schon jetzt herzlich dafür.

PC-Konto 80-60501-5 Schweizerische Helsinki Vereinigung, Bleicherain 7, 5600 Lenzburg
Vermerk Spende / IBAN CH03 0900 0000 8006 0501 5

SHV-VORSTAND

Christoph Lanz, Dr.iur., LL.M., ehem. Generalsekretär der Bundesversammlung, *Präsident*
christoph.lanz@shv-ch.org

Marie-Ursula Kind, lic.iur., LL.M., stud. theol., ehem. Juristische Mitarbeiterin am ICTY, *Vizepräsidentin*
marie.ursula.kind@gmail.com

Fabian Hunold, lic.phil., Diplomat
fabianhunold@gmail.com

Berry Kralj, lic.iur, Programme Director Western Balkans & Romania, Intl. Cooperation Section,
Caritas Schweiz
berrykralj@bluewin.ch

Daniel Müller, M.A. Europastudien, Wissenschaftlicher Mitarbeiter Kanton Zürich
daniel.mueller@alumni.unifr.ch

Paulina Piotrowska-Motyka, Übersetzerin
piotrowska-motyka@gmail.com

Franziska Rich, dipl.phil. II, ehem. Leiterin der Entwicklungszusammenarbeit mit Russland im Institut
G2W-Ökumenisches Forum
franziska.rich@gmail.com

Nicholas Rüegg, B.A. in Übersetzung und mehrsprachiger Kommunikation, Mitarbeiter Parlamentsdienste PD
nicholas.rueegg@unifr.ch

Hanspeter Spörri, Journalist und Moderator
h.spoerri@bluewin.ch

Rolf Stücheli, Dr.phil. lic.rer.publ. HSG, Historiker und Politologe, ehem. Minister EDA
roky.stuecheli@bluewin.ch

EHRENPRÄSIDIUM

Marianne von Grünigen, Dr.iur. LL.M., a. Botschafterin

SCHWEIZERISCHE HELSINKI VEREINIGUNG SHV

SHV-Sekretariat, Netzwerk Müllerhaus, Bleicherain 7, CH-5600 Lenzburg
062 888 01 75, *info@shv-ch.org*; *www.shv-ch.org*

